

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 546-48 ppbn d

Inhalt

Der SPD-Vorsitzende
Willy Brandt erklärt die
Bereitschaft der euro-
päischen Sozialdemokra-
ten an einem Frieden in
Nahost.

Seite 1/2

Hans-Jürgen Junghans MdB
kommentiert den Jahres-
wirtschaftsbericht '78
der Bundesregierung.

Seite 3/4

Karl-Arnold Eickmeyer
MdB fordert von Groß-
britannien ein Umdenken
in der Fischereipolitik.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 65 11

33. Jahrgang / 18

25. Januar 1978

Bereit zur Mitverantwortung

Konstruktive Zusammenarbeit für einen Frieden im Nahen Osten

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die mutige Entscheidung von Präsident Sadat, das direkte Gespräch mit den Verantwortlichen in Israel zu suchen, hat neue starke Hoffnungen geweckt: Einer scheinbar zum dauerhaften Konflikt verurteilten Region eröffnete sich die Perspektive eines gesicherten Friedens.

Die Begegnung von Präsident Sadat mit dem israelischen Ministerpräsidenten in Jerusalem und Ismailia und die Aufnahme der Delegationsverhandlungen in Kairo und Tel Aviv belegten den Willen und die Bereitschaft beider Seiten zu einem ernsthaften Friedensdialog. Zugleich aber wurde deutlich, daß übertriebener Optimismus nicht am Platz war: Die schwierigen Probleme, die sich im Laufe von drei Jahrzehnten in dieser Region angehäuft haben, sind nicht im Handumdrehen zu lösen.

In diesen Tagen haben wir es mit einer schwierigen Situation zu tun: Der offizielle Dialog zwischen Israelis und Ägyptern ist unterbrochen. Noch ist unklar, wie es weitergehen soll.

Ich möchte deshalb unterstreichen: Das Bemühen um eine friedliche Lösung darf nicht aufgegeben oder verschüttet werden. Die Bundesrepublik muß im Zusammenwirken mit unseren europäischen Freunden bereit sein, Mitverantwortung zu übernehmen für das Geschehen im Nahen Osten, wenn es von Europa erwartet wird. Jedenfalls können wir konstruktive Zusammenarbeit in Aussicht stellen.

Die SPD und die mit ihr verbundenen europäischen Sozialdemokraten werden nicht untätig bleiben. Schon Anfang der

Übernächsten Woche wird der israelische Oppositionsführer Shimon Perez in Bonn Gast der Partei sein und mit der Bundesregierung zusammentreffen. Nach einer Zwischenstation in Hamburg, wo Herr Perez an der Sitzung des Büros der Sozialistischen Internationale teilnimmt, wird er sich nach Wien begeben. Dort richten am 12. Februar unsere österreichischen Freunde ein Gespräch über die Zukunft des Nahen Ostens aus, zu dem neben Vertretern der israelischen Arbeiterbewegung führende europäische Sozialdemokraten kommen werden. Die SPD wird durch Hans Jürgen Wischniewski in Wien vertreten. Der Meinungsaustausch geht auf eine Initiative von Bundeskanzler Kreisky vom vergangenen Herbst zurück: Nach einer Informationsreise an der Spitze einer Delegation der Internationale in den Nahen Osten regte der österreichische Regierungschef und Parteivorsitzende eine solche Aussprache an.

Die Begegnung in Wien, die in informeller Weise auch zu einem Meinungsaustausch mit arabischen Politikern führen könnte, würde der weiteren Entwicklung im Nahen Osten neue Impulse geben. Ich gehe davon aus, daß unsere israelischen Gesprächspartner ihre konkreten Vorstellungen erläutern, wie die ins Stocken geratenen Friedensbemühungen fortgeführt werden könnten. Zugleich nehme ich an, daß es für sie von Nutzen sein wird, mit Freunden zu sprechen, die ihrerseits Erfahrungen bei der friedlichen Veränderung des Charakters von Konflikten gesammelt haben.

Die aktuelle Lage im Nahen Osten läßt es mir angebracht erscheinen, daran zu erinnern: Wenn sich alle Beteiligten mit Verantwortungsbewußtsein und dem Mut zu neuen Lösungen um eine Verständigung bemühen, wird auch in dieser Region ein gesicherter Frieden möglich sein.

(-/25.1.1978/ks/hgs)

+ + +

Jahreswirtschaftsbericht: Realistische Projektion

Risikofaktor bleibt die außenwirtschaftliche Entwicklung

Von Hans-Jürgen Junghans MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung sieht in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1978 als hauptsächlichen Grund für den derzeit nur verhaltenen Aufschwung die **Abschwächung** der Weltnachfrage und damit einen geringeren Anstieg der Exporte. Sie weist darauf hin, daß die Lohnstückkosten - auf diese kommt es bei der Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit an - bei uns weniger stark gestiegen sind als bei unseren wichtigsten Handelspartnern. Damit ist das Gerede, daß angeblich zu hohe Löhne an unseren wirtschaftlichen Problemen und der **Beschäftigungslosigkeit** schuld wären, und daß nur ein Lohnverzicht der Arbeitnehmer die Konjunktur beleben könne, widerlegt. Allerdings wird auch im Jahreswirtschaftsbericht eingeräumt, daß dieser Wettbewerbsvorteil durch die Verschiebung der Wechselkurse überkompensiert würde. Hier liegt auch das hauptsächliche **Risiko** für die weitere Entwicklung.

Nur wenn die außenwirtschaftliche Flanke ohne größere Störungen bleibt, können die angenommenen Zielwerte erreicht werden. Bei dem für 1978 angenommenen Wachstum von 3,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr möchte ich darauf hinweisen, daß dies kein so bescheidenes Ziel ist, wie es auf den ersten Blick aussieht. Da die Wachstumskurve in der zweiten Jahreshälfte 1977 erheblich abflachte, ist auch für die Erreichung dieses Wertes 3,5 Prozent ein Wachstum des Sozialprodukts im Verlauf des Jahres 1978 von 4,5 bis fünf Prozent Voraussetzung. Und 4,5 bis

fünf Prozent erscheinen mir angesichts der weltwirtschaftlichen Verhältnisse eine durchaus respektable Größe.

Einen weiteren stabilitätspolitischen Erfolg würde auch die angenommene weitere Reduzierung der Steigerung der Verbraucherpreise auf 3,5 Prozent bedeuten.

Ich halte die aufgestellte Zielprojektion für eine realistische Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik. Trotzdem möchte ich auf die bereits oben angesprochenen Unwägbarkeiten verweisen und darauf hinweisen, daß jedenfalls im letzten Jahr die tatsächliche Entwicklung anders verlaufen ist, als alle wirtschaftswissenschaftlichen Institute einschließlich des Sachverständigenrats vorausgesagt haben.

Zum Schluß noch ein Wort zu den Zahlen zur Verteilung des Sozialprodukts. Hier wird die geringe Aussagekraft des statistischen Materials besonders deutlich. Bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind schließlich auch die Zinsen der Sparguthaben der Arbeitnehmer und andere Vermögensanlagen enthalten. Seit fast zehn Jahren fordern wir - und hoffen, daß die Bundesregierung damit weiterkommt -, daß dieser Restposten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aufgeschlüsselt wird. Denn leider zeigen fast alle Zeitungsmeldungen, daß diese Position immer wieder verkürzt als Unternehmergeinn ausgegeben wird. Dies könnte auch ein wichtiger Beitrag für eine Versachlichung der Auseinandersetzungen der Tarifvertragsparteien sein.

(-/25.1.1978/ks/gat)

+ + +

In den sauren Hering beißen

Großbritannien muß in der Fischereipolitik umdenken

Von Karl-Arnold Eickmeyer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

"Wenn nur die Engländer nicht wären!" Diesen Stoßseufzer hört man bei Diskussionen allenthalben, wenn es um die Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaft geht, am Stammtisch in der Hafenkneipe genauso wie hinter vorgehaltener Hand in Brüssel. Die noch andauernden aktuellen Verhandlungen des Ministerrats in Brüssel zeigen deutlich, wie hartnäckig Großbritannien auf der Zementierung von Sonderrechten für sich besteht.

Warum müssen die Briten nur immer einen "Extrafisch" gebraten bekommen? Versetzen wir uns für einen Moment in die Lage, in die Großbritannien mit dem Eintritt in die Europäische Gemeinschaft mit ihrer Fischereipolitik geraten ist. Nach gegenwärtigem EG-Fischereirecht haben alle EG-Länder ein exklusives Fangrecht bis zu 12 Meilen vor ihrer eigenen Küste. Der restliche Streifen bis zu 200 Meilen wird als "EG-Meer" bezeichnet und soll den Fischern aller EG-Nationen offenstehen, wenn nicht ein zeitweiliges Fangverbot erlassen wird. In den achtziger Jahren soll dann auch noch die 12-Meilen-Grenze fallen.

Großbritannien glaubt nun sich nicht damit zufrieden geben zu können. Die Nordsee erschien und erscheint den Briten fast als traditionelles nationales Eigentum - inklusive Öl. Das stolze Empire, das einst die Meere zu regieren schien, soll hier vor der eigenen Haustür die Franzosen, die Dänen und die Deutschen mit ihrer hochmodernen Flotte die Fische "wie mit dem Staubsauger wegsaugen" lassen? Für die britischen Fischer ist dieser Bissen nahezu nicht zu schlucken.

Sie fordern deshalb ein exklusives Fangrecht bis zu 100 Meilen vor ihrer Küste. Der britische Landwirtschaftsminister John Silkins ist bereit, diese Zone auf 50 Meilen zu reduzieren und über Fangquoten für die anderen EG-Länder innerhalb dieser Zone zu verhandeln.

Welche Argumente sprechen dafür? Das EG-Meer, also das Gebiet von 200 Meilen vor den Küsten der EG-Partnerstaaten ist zu 60 Prozent britischen Ursprungs. Aus diesem Grund hat die EG-Kommission den Briten 21 Prozent Anteil an den Erträgen aus dem EG-Meer für 1978 gewährt. Das aber scheint den Briten nicht genug zu sein. Nach Schätzungen

könnten die Briten in der 12-Meilen-Zone 1,1 Millionen Tonnen Fisch fangen. Im 50-Meilen-Gürtel wären es bereits 2,5 Millionen Tonnen und im 100-Meilen-Gürtel 2,8 Millionen Tonnen. Die britischen Fischer - im Grimsby und Hull wurden nach den drei erfolglosen "Fischereikriegen" mit Island bereits 4.000 von ihnen arbeitslos - sehen ihre Existenz gefährdet, wenn diese Fangmöglichkeit wegfällt. Betrachtet man die unmoderne britische Flotte, dann erscheint diese Angst nicht ganz unge-rechtfertigt.

Und der britische Normalverbraucher bangt um eines seiner Lieblingsgerichte. Wird das Empire nicht endgültig untergehen, wenn "fish and chips", von Kennern in die neueste Ausgabe der Zeitung gewickelt, nicht mehr zu akzeptablen Preisen angeboten werden kann?

Was also scheint näher zu liegen, als sich auf egoistische Interessen zu beschränken, frei nach dem bewährten Muster: Die Vorteile der Gemeinschaft nutzen, bei Nachteilen auf die nationale Karte setzen. So aber läuft Partnerschaft auf keinem Gebiet..

"You can't have your cake and eat it too", sagt ein englisches Sprichwort. Du kannst den Kuchen nicht gleichzeitig haben und aufessen wollen, du mußt dich für eines entscheiden.

Und vor dieser Entscheidung steht Großbritannien jetzt. Will es die Partnerschaft in der Europäischen Gemeinschaft, dann muß es in den sauren Hering beißen und vom Kollisionskurs in Fragen der Fischereipolitik umschwenken zu konstruktiver Mitarbeit. Die Lage der Fischer in der Europäischen Gemeinschaft ist überall alles andere als rosig. Die Ausdehnung der Fischereizone der DDR ist ein aktuelles Beispiel für die Lage. Hier sitzen wir doch alle im gleichen Boot.

Großbritannien muß sich die Frage gefallen lassen, ob es den Beitritt in die Europäische Gemeinschaft nur im Interesse der Sanierung der "Englischen Krankheit" gesehen hat und nun, da das Nordsee-Öl wie ein Silberstreifen am Horizont die Rückgewinnung der nationalen Unabhängigkeit zu versprechen scheint, von den Pflichten dieser Gemeinschaft nichts mehr wissen will.

Die Europäische Gemeinschaft ist nicht als Selbstbedienungsladen geplant worden, wo jeder nach Kräften zulangen kann. Wir wollen mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Es ist an der Zeit, kleinliche Interessen im Dienste der Sache neu zu überdenken.

(-/25.1.1978/ks/hgs)